

Einstellungen der Bevölkerung zu Mindestlöhnen in Deutschland

Roland Bieräugel
Oliver Nüchter
Alfons Schmid

Die Forderung nach Mindestlöhnen ist seit einigen Jahren in der öffentlichen Debatte, die Argumente wurden vielfach wissenschaftlich und politisch ausgetauscht. Über denkbare Konsequenzen von Mindestlöhnen, vergleichbare Regelungen in anderen Ländern und Positionen der politischen Akteure wissen wir ebenfalls relativ viel. Auffallend wenig ist – abgesehen von mehrheitlicher Zustimmung – über die Haltung der Bevölkerung zum Mindestlohn bekannt. Wie schätzen die Menschen die Folgen einer solchen Regelung ein? Prägen die individuellen ökonomischen Interessen ihre Einstellung zu einem Mindestlohn oder geht es vielmehr um Gerechtigkeitsvorstellungen?

1

Einleitung

Der Mindestlohn wird in Deutschland sowohl auf gesellschaftlicher und politischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene kontrovers diskutiert. Die Debatte thematisiert primär sozialpolitische und Beschäftigungs-perspektiven. Mit Blick auf mögliche Diskriminierungen und Armutsgefährdungen betonen die Befürworter von Mindestlöhnen die sozialpolitische Bedeutung Existenzsichernder Löhne und weisen auf die Gerechtigkeitsproblematik eines nicht zum Leben ausreichenden Lohns hin. Zudem gehen sie von einer eher zunehmenden oder zumindest nicht abnehmenden Beschäftigung nach Einführung der Mindestlöhne aus, wobei sie auf Beispiele aus anderen Ländern verweisen (z. B. Bosch 2007, S. 421ff.). Demgegenüber argumentieren Gegner mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der in der Folge auch zu höheren Sozialausgaben führe (z. B. Franz 2007, S. 431ff.). Sie präferieren Kombilöhne, wenn die Marktlöhne unter dem soziokulturellen Existenzminimum liegen. Die Diskussion zeigt die außerordentliche gesellschaftspolitische Bedeutung von Mindestlöhnen.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs-theorien geben keine eindeutigen Antworten auf die Frage nach den Beschäftigungseffekten der Einführung von Mindestlöh-

nen. Mit ihnen lassen sich positive und negative Beschäftigungseffekte begründen. Auch die Empirie liefert keine eindeutigen Aussagen.¹

Bei den Befürwortern von Mindestlöhnen gibt es zudem eine Diskussion über seine Höhe. Hier reichen die Vorschläge von 4,50 € bis zu 10 € pro Arbeitsstunde (Bofinger et al. 2006; Rürup 2008, Ziff. 576ff.; DGB 2008; Die Linke 2008). Sozialpolitisch werden hohe Mindestlöhne mit der Sicherung des Lebensstands begründet,

ökonomisch werden mit hohen Mindestlöhnen negative Beschäftigungseffekte assoziiert. Diesem Argument könnten je nach Branche unterschiedlich hohe Mindestlöhne Rechnung tragen (BMAS 2009).²

In der heftig geführten bisherigen Debatte zum Mindestlohn fällt auf, dass zwar

¹ Die relative Höhe des Mindestlohns, gemessen am Durchschnittslohn (arithmetisches Mittel, Median), schwankt im internationalen Vergleich beträchtlich (Schulz 2009, S. 153).

Roland Bieräugel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Sozialberichterstattung und Arbeitsmarktmonitoring.

e-mail: bieraugel@em.uni-frankfurt.de

Oliver Nüchter, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Sozialindikatoren, Umfragen und Methoden.

e-mail: ol.nuechter@em.uni-frankfurt.de

Alfons Schmid, Professor für Wirtschaft am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Direktor des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarktsegmentation, Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, Sozialstaat und Sozialpolitik.

e-mail: alfons.schmid@em.uni-frankfurt.de

Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Verbände über den Mindestlohn kontrovers diskutieren, die Sichtweise der Bevölkerung zu diesem Thema bisher aber kaum bekannt ist. Bis auf einige allgemein gehaltene Fragen in der Demoskopie (z. B. Dailynet Presseportal 2008) sind die diesbezüglichen Wahrnehmungen und Einschätzungen der Menschen in Deutschland bisher nicht untersucht worden.

An diesem Befund setzt der vorliegende Beitrag an. Die Erkenntnis leitende Zielsetzung richtet sich darauf, die Wahrnehmungen und Beurteilungen der Bevölkerung zur Einführung eines Mindestlohns – entlang der oben skizzierten Themen – zu eruieren. Ist die Bevölkerung in Deutschland für oder gegen die Einführung von Mindestlöhnen? Wie hoch sollte der Mindestlohn sein? Warum werden Mindestlöhne abgelehnt? Wie werden die Wirkungen von Mindestlöhnen beurteilt?

Die Beantwortung dieser Fragen ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Auf der wissenschaftlichen Ebene besteht ein Erkenntnisdefizit, da bisher weder theoretische noch empirische Untersuchungen über die subjektive Dimension des Mindestlohns vorliegen (Nüchter et al. 2009). Darüber hinaus sind Kenntnisse über die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu Mindestlöhnen auch für die politisch-praktische Ebene relevant. Unabhängig von ihrer konkreten Gestalt haben Reformmaßnahmen dann eine bessere Chance auf gesellschaftliche Akzeptanz, wenn sie die Präferenzen der Bevölkerung berücksichtigen. Die Einführung bzw. Nicht einföhrung von Mindestlöhnen erhält durch die Berücksichtigung dieser subjektiven Dimension eine zusätzliche Basis, welche die Wirksamkeit von politischen Maßnahmen und Veränderungen erhöhen dürfte (Förg et al. 2007).

Wir präsentieren in diesem Beitrag primär empirische Ergebnisse über diese „subjektive Dimension“ zum Mindestlohn. Zudem untersuchen wir, welche Faktoren die unterschiedlichen Einstellungen beeinflussen und was mögliche Erklärungen dafür sein könnten. Wir referieren einige konzeptionelle Zugänge zum Thema (Abschnitt 2), dann werden die empirischen Ergebnisse der Befragung vorgestellt (Abschnitt 3). Ein Resümee schließt den Beitrag ab (Abschnitt 4).

2 Konzeptionelle Anmerkungen

Einstellungen werden „als eine Bewertung von Menschen, Objekten oder Ideen“ (Aronson et al. 2004, S. 230) definiert. Sie drücken Haltungen zu und Beurteilungen von Sachverhalten und Gegenständen aus (Hartmann/Wakenhut 1995, S. 13ff.). Grundsätzlich lassen sich Einstellungen aus dem spezifischen Interesse und der Nutzenorientierung der Menschen sowie aufgrund von deutungsrelevanten Normen und Werten erklären, die wiederum in Wechselwirkung stehen. Im Zentrum der Erklärung befinden sich somit individuell und kulturell bezogene Ansätze (Andreß et al. 2001; Aizen/Fishbein 2005, S. 173ff.; Jungermann et al. 2005, S. 201ff.; Krömmelbein et al. 2007; Förg et al. 2007; Heinemann et al. 2008, S. 383ff.).

Individuelle Erklärungen basieren auf dem Kosten-Nutzen-Modell des Einzelnen sowie auf subjektiven Faktoren. Es wird angenommen, dass die Menschen interessengeleitet denken und handeln, sich bewusst und zielorientiert auf die Bedingungen und Restriktionen ihrer Lebenswelt beziehen (Andreß et al. 2001). Ihre Wahlentscheidungen sind an den Kosten und dem Nutzen orientiert, den eine Alternative im Vergleich zu anderen Alternativen bietet. Neben diesem Kosten-Nutzen-Modell spielen auch subjektive Faktoren wie Zufriedenheit, Lebenslagen, Vertrauen etc. für Einstellungen der Menschen eine wesentliche Rolle.

Das empirische Untersuchungsdesign basiert hier auf Ansätzen der ökonomischen Verhaltenstheorie. Nach der traditionellen ökonomischen Rationaltheorie werden Einstellungen von Individuen durch Maximierung des Erwartungswertes ihrer Nutzenfunktion unter Nebenbedingungen bestimmt. Die ökonomische Rationaltheorie wurde aufgrund ihrer Begrenzungen bei der Erklärung empirischen Verhaltens modifiziert und erweitert. Vor allem im Rahmen der Behavioral Economics inklusive der Prospekttheorie wurden durch Einbeziehung psychologischer Verhaltensansätze die Annahmen der ökonomischen Rationaltheorie erweitert (Kahnemann/Tversky 1979, S. 263ff.; Bischoff 2007, S. 1334ff.; Magen 2005; Jungermann et al. 2005; Heinemann et al. 2008).

Kulturelle Erklärungen basieren auf dem Sozialisationstheorem, das die Vermittlung und den Aufbau von Normen und Werten der Menschen ins Zentrum rückt (Andreß et al. 2001). Zentraler Maßstab der Wahrnehmung und Beurteilung von Mindestlöhnen sind Wertorientierungen. Die Vermittlung dieser Normen und Werte findet wiederum vor dem Hintergrund soziatischer, institutioneller und ökonomischer Rahmenbedingungen statt. Für die Empirie stehen hier subjektive Einschätzungen über soziale Ungleichheit, die subjektive Aneignung gesellschaftlicher Normbestände und deren Eigeninterpretation zum Thema Mindestlohn im Vordergrund (Berger/Schmidt 2004).

Einbezogen werden auch Erkenntnisse aus der soziologischen Gerechtigkeits- und Legitimitätsforschung (Neckel et al. 2004, S. 137). Für die normative Verortung eines Mindestlohns werden „Gerechtigkeitsideologien“ des International Social Justice Project (ISJP) herangezogen. Hierbei wurden vier Einstellungstypen unterschieden: Individualismus, Egalitarismus, Askriptivismus und Fatalismus (Heien 1998; Wegener/Liebig 2000; Mühlbeck 2003).

Vor dem Hintergrund dieser individuell und kulturell bezogenen Ansätze formulieren wir einige Spezifizierungen und Arbeitshypothesen für die empirische Untersuchung (Nüchter/Schmid 2009, S. 77ff.).

(1) Traditionelles Rationalmodell:

Nach dem ökonomischen Rationalmodell kommt es aufgrund verschiedener Präferenzen und Handlungsbedingungen zwischen den Menschen zu Unterschieden in den Kosten-Nutzen-Relationen und damit in der Bewertung von Mindestlöhnen. Danach würden diejenigen die Einföhrung von Mindestlöhnen positiv bewerten, die davon profitieren, wie z. B. Niedriglohnbezieher. Demgegenüber dürfte eine eher negative Bewertung bei denen anzutreffen sein, deren Kosten hierdurch steigen: beispielsweise durch die Einföhrung eines Mindestlohns bedingte Arbeitslose und Personen mit hohem Einkommen.

(2) Referenzpunkte:

Die Prospekttheorie betont die Bedeutung von Referenzpunkten und Entscheidungsgewichten für Bewertungen und Verhalten (Heinemann et al. 2008; Bischoff 2007, S. 1334ff.). Danach wird ein Ergebnis anhand eines bestimmten Referenzpunktes bewertet wie beispielsweise dem Status

quo. Für die Bewertung von Mindestlöhnen dürfte hier u.a. eine Rolle spielen, ob jemand arbeitslos ist oder nicht. So könnte jemand mit prekärer Beschäftigungssituation befürchten, dass die Einführung von Mindestlöhnen negative Beschäftigungseffekte hat. Weitere Referenzpunkte für die Beurteilung könnten die Einkommenshöhe, Arbeitsplatzsicherheit, Risikoneigung etc. sein.

(3) Subjektive Wahrnehmung der sozialen Lage:

Die subjektive Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage ist für Einstellungen ebenso von Bedeutung wie es die objektiven Lebensbedingungen sind. Diese subjektiv wahrgenommene Lebensqualität beruht sowohl auf den eigenen Lebensbedingungen als auch auf den Erwartungen und Ansprüchen, mit denen diese bewertet werden. Dabei ist zu erwarten, dass Unzufriedenheit, die Wahrnehmung einer relativen Benachteiligung sowie Belastungssymptome wie Ängste und Verunsicherung zu höheren Ansprüchen an staatliche Interventionen wie die der Einführung eines Mindestlohns führen.

(4) Soziale Präferenzen:

Mit der Berücksichtigung sozialer Präferenzen erfolgt eine Erweiterung des traditionellen Eigennutzaxioms, indem der eigene Nutzen auch vom Nutzen anderer abhängt. Bezogen auf die Einführung eines Mindestlohns könnten z. B. Arbeitnehmer, die nicht von der Einführung eines Mindestlohns betroffen sind, trotzdem aus Solidarität einem Mindestlohn positiv gegenüberstehen.

(5) Gerechtigkeitsnormen:

Einstellungen werden auch durch gesellschaftliche Normen geprägt. In diesem Kontext spielen Gerechtigkeitsnormen eine zentrale Rolle (Nüchter et al. 2008). Vor allem egalitaristische und individualistische Gerechtigkeitsnormen sind hier von Bedeutung. Egalitaristen dürften die Einführung eines Mindestlohns eher positiv bewerten, Individualisten eher negativ.

(6) Sozialisationserfahrungen:

Die Einstellungen der Menschen entstehen nicht zufällig, sondern entlang spezifischer sozialisatorischer Einflüsse. Die Wahrnehmung und Bewertung sozialer und politischer Phänomene basiert nicht allein auf der eigenen sozialen Lage, sondern ebenso

sehr auf den Erfahrungen, die auf dem Weg dorthin gemacht wurden. Hieraus lässt sich begründet ableiten, dass die Haltung gegenüber einem staatlichen Mindestlohn je nach Alter, Geschlecht oder Bildung unterschiedlich ausfallen kann.

Die Einstellungen zum Mindestlohn dürfen sich, das lassen die theoretisch-konzeptionellen Überlegungen erwarten, sozialstrukturell und soziodemografisch unterscheiden. Daher erfolgt in der Untersuchung eine Ausdifferenzierung nach diesen Merkmalen. Wir berücksichtigen das Alter, das Geschlecht, die Bildung und die Familienstruktur. Damit können jeweils sozialisatorische wie auch strukturelle Effekte verknüpft sein.

Die skizzierten Thesen bilden die Basis für die empirische Analyse. Wir können im Rahmen dieses Beitrags wegen der begrenzten Datenlage nur einen ersten Einblick geben, welche Einstellungen die Menschen in Deutschland bezüglich Einführung und Höhe eines Mindestlohnes haben, wie sie Gründe dafür bewerten und wie sie die Folgen beurteilen. Wir können aufgrund der Begrenzungen auch nur ansatzweise die Thesen überprüfen. Aber dieser erste Einblick zeigt bereits die Bedeutung der „subjektiven Dimension“ für die Diskussion über Mindestlöhne.

3 Empirische Befunde

Auf Basis der konzeptionellen Überlegungen referieren wir im Folgenden die Ein-

stellungen der Bevölkerung zum Mindestlohn und versuchen, empirische Anhaltspunkte für die Thesen zu finden. Geprüft wird dies anhand von drei Themenbereichen, die zentrale Aspekte der Mindestlohn-debatte aufgreifen und zugleich Rückschlüsse auf die Bedeutung des erweiterten Kosten-Nutzen-Axioms sowie der Sozialisationsthese für die Einstellungen erwarten lassen: die generelle Erwünschtheit eines gesetzlichen Mindestlohns und dessen Höhe; die Gründe, die aus Sicht der Gegner gegen eine Einführung sprechen; die erwarteten positiven oder negativen Effekte einer Einführung.

Die empirische Basis der Untersuchung bildet ein Projekt für das Bundesarbeitsministerium, in dem die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber dem Sozialstaat und seinen Teilsystemen empirisch auf der Basis einer telefonischen Repräsentativbefragung von 5.000 Menschen in vier Wellen erhoben wurden (Krömmelbein et al. 2007; Nüchter et al. 2008). In der letzten Welle 2008 wurde auch nach den Einstellungen zum Mindestlohn gefragt (Nüchter et al. 2009).

Aus dieser Untersuchung steht zur Prüfung der Zusammenhänge eine umfangreiche Liste von Einflussfaktoren zur Verfügung. Einbezogen werden hier nur jene Indikatoren, die auf Basis der Vorüberlegungen die jeweils stärksten Zusammenhänge erwarten lassen bzw. eine Zuordnung zu den Thesen ermöglichen (in *Übersicht 1* fett markiert). Für alle Fragen werden zunächst die generellen Häufigkeitsverteilungen dargestellt. Anschließend prüfen wir die Zusammenhänge anhand der genannten Indikatoren.

Übersicht 1: Einflussfaktoren auf Haltungen zum Mindestlohn

I	II
Individuelle Faktoren (erweitertes Rationalmodell)	Kulturtheoretische Ansätze
Haushaltseinkommen*	Region
Kurzfristige Liquidität („2000-€-Frage“)	Alter
Immobilienbesitz	Geschlecht
Erwerbsstatus	Haushaltstyp
Zufriedenheitsindex**	Bildungs-/Qualifikationsindex
Ängstlichkeitsindex***	Egalitarismus****
Gerechter Anteil	Individualismus****
wirtschaftliche Lage: heute	Askriptivismus
wirtschaftliche Lage: Aufstieg/Abstieg	Fatalismus
Schichtzugehörigkeit	Informiertheitsindex

* Als Haushaltseinkommen wird das bedarfsgewichtete Nettohaushaltseinkommen nach alter OECD-Skala berechnet und in Einkommensquintile unterteilt.

** Den Einfluss der Zufriedenheit erfassen wir anhand einer dreistufigen Indexvariablen (niedrig/mittel/hoch).

*** Ein weiteres Maß des subjektiven Wohlbefindens bildet ein dichotomer Index (gering/hoch) der individuellen Angstsymptome (Erschöpfung, Unglücklich fühlen, Nervosität, Ängste und Sorgen).

**** Die Gerechtigkeitsvorstellungen (Egalitarismus, Fatalismus, Individualismus und Askriptivismus) werden faktorenanalytisch auf Basis des Instruments „Gerechtigkeitsideologien“ des International Social Justice Project (ISJP) gebildet.

Quelle: Darstellung der Autoren.

Tabelle 1: Votum für einen gesetzlichen Mindestlohn* – in % –

		Ja	Nein
Alle Befragten		70	30
I	Einkommenslage	Unterstes Quintil	75
		Oberstes Quintil	57
Erwerbsstatus	Abhängig beschäftigt	73	27
	Selbstständig	61	39
	Arbeitslos (bis 1 Jahr)	84	16
	Langzeitarbeitslos	89	11
Zufriedenheit	Gering	78	22
	Hoch	60	40
Ängstlichkeit	Gering	67	33
	Hoch	80	20
II	Alter	18–34 Jahre	69
		35–59 Jahre	76
		60 Jahre und älter	63
Geschlecht	Frauen	75	25
	Männer	65	35
Bildung	Gering	74	26
	Hoch	66	34
Gerechtigkeitsvorstellungen	Egalitarismus (ja / nein)	(77/40)	(23/60)
	Individualismus (ja / nein)	(63/76)	(37/24)

* Sollte ein gesetzlicher Mindestlohn für alle Branchen eingeführt werden?

Quelle: Sozialstaatssurvey 2008 (Nüchter et al. 2009).

3.1 GENERELLE AKZEPTANZ EINES GESETZLICHEN MINDESTLOHNS IN DER BEVÖLKERUNG

Auch wenn es in Politik und Wissenschaft hinsichtlich der Einführung des Mindestlohns unterschiedliche Positionen gibt, ist aus Sicht der Bevölkerung die Sache relativ eindeutig (Tabelle 1): 70 % der Deutschen sprechen sich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. 30 % lehnen seine Einführung ab.

Deutliche Differenzen ergeben sich bei der Unterstützung, wenn man die individuelle Lage der Menschen betrachtet. Am geringsten ist die Zustimmung bei den Personen mit den höchsten Monatsnettoeinkommen. Allerdings wünscht auch hier eine Mehrheit von 57 % den Mindestlohn, bei den Einkommensärmsten sind es 75 %. Demgegenüber sind die Selbstständigen, die einen solchen Mindestlohn zu zahlen hätten, mit 61 % etwas seltener für einen solchen. Am deutlichsten fordern die Ar-

beitslosen, insbesondere die Langzeitarbeitslosen, den Mindestlohn. Fast neun von zehn hegen einen solchen Wunsch. Diese deutlichen Differenzen zeigen, dass – wie es das traditionelle Rationalmodell nahelegt – die Einführung eines Mindestlohns vor dem Hintergrund der eigenen sozialen Lage und des resultierenden Nutzens bewertet wird.

Etwas geringer sind die Unterschiede hinsichtlich Geschlecht, Alter oder Bildung. Frauen sprechen sich häufiger (75 %) für die Einführung als Männer (65 %) aus, geringer Gebildete und insbesondere die mittlere Generation der 35 bis 59-Jährigen würden einen Mindestlohn begrüßen. Wesentlich deutlicher polarisieren sich die Einstellungen jedoch bei Betrachtungen der Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen. All jene, die egalitaristische Überzeugungen haben, fordern überdurchschnittlich häufig einen Mindestlohn, während diejenigen, welche diese Überzeugung nicht teilen, eine wesentlich geringere Zustimmung zeigen. In umgekehrter Richtung, wenngleich etwas schwächer, wirkt sich eine individualistische Gerechtigkeitsnorm aus.

Die Analyse der einzelnen Gruppen und ihrer Differenzen sollte aber über einen Kernbefund nicht hinwegtäuschen: Bei allen von uns untersuchten Subgruppen gibt es eine mehrheitliche Befürwortung des Mindestlohns.

3.2 ANGEMESSENE HÖHE DES MINDESTLOHNS AUS SICHT DER BEVÖLKERUNG

Die Einführung eines Mindestlohns allein sagt noch nicht zwingend etwas über die zu erwartenden Effekte aus – entscheidend ist die Höhe. Hierbei stellen sich zwei divergente Anforderungen: Zum einen muss der Mindestlohn hoch genug sein, um existenzsichernd zu wirken und Armut zu vermeiden, zum anderen würde ein zu hoher Betrag unmittelbar negative Folgewirkungen für Wirtschaft und Beschäftigung nach sich ziehen.

Befragt man die Menschen, die sich für die Einführung eines Mindestlohns aussprechen, nach der Höhe, die ein solcher haben sollte, werden im Durchschnitt ziemlich genau 10 € in der Stunde genannt. Somit liegen die Angaben der Befürworter am oberen Ende der vorgeschlagenen Werte und deutlich oberhalb des Mindestlohns, der in anderen Staaten gilt.

Tabelle 2: Geforderte Mindestlohnhöhe in der Bevölkerung Mittelwert und Median – in Euro –

		Mittelwert	Median	
Alle Befragten (Mindestlohnbefürworter)		10,03	9,0	
I	Einkommenslage	Unterstes Quintil	10,24	
		Oberstes Quintil	10,1	
Erwerbsstatus	Abhängig beschäftigt	10,08	9,0	
	Selbstständig	10,03	8,9	
	Arbeitslos (bis 1 Jahr)	9,62	9,5	
	Langzeitarbeitslos	9,86	10,0	
Zufriedenheit	Gering	10,36	10,0	
	Hoch	10,14	9,0	
Ängstlichkeit	Gering	10,08	9,0	
	Hoch	9,84	10,0	
II	Alter	18–34 Jahre	10,28	
		35–59 Jahre	9,93	9,0
		60 Jahre und älter	9,99	9,0
Geschlecht	Frauen	10,29	10,0	
	Männer	9,75	9,0	
Bildung	Gering	10,27	10,0	
	Hoch	10,02	10,0	
Gerechtigkeitsvorstellungen	Egalitarismus (ja / nein)	(10,04/9,93)	(9,5/8,7)	
	Individualismus (ja / nein)	(9,71/10,23)	(9,0/9,5)	

* Wie hoch sollte der Brutto-Stundenlohn Ihrer Meinung nach sein?

Quelle: Sozialstaatssurvey 2008 (Nüchter et al. 2009).

Der Medianwert, d.h. der Betrag, den die Person genannt hat, deren Angabe die Verteilung genau halbiert, liegt bei 9 €.

Anders als beim Wunsch nach einer Einführung fallen die Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen relativ gering aus – weder individuelle noch kulturelle Faktoren zeigen einen großen Effekt (Tabelle 2). Die deutlichsten Unterschiede ergeben sich noch hinsichtlich Bildung und Geschlecht. So fordern gering Gebildete und Frauen mit 10,27 € bzw. 10,29 € im Durchschnitt die höchsten Mindestlöhne. Interessant ist zudem, dass insbesondere Kurzzeitarbeitslose mit einem geringeren Betrag zufrieden wären, was auf deren Wunsch nach Rückkehr ins Erwerbsleben verweist, für den sie ihre Ansprüche zu verringern bereit sind. Insgesamt liefert die Frage nach der gewünschten Höhe des Mindestlohns aber nur wenig Aufschluss über die Gründe, warum sich eine Person für oder gegen einen Mindestlohn ausspricht, auch weil die Werte sich nur auf Mindestlohnbefürworter beziehen.

3.3 GRÜNDE GEGEN DIE EINFÜHRUNG EINES MINDESTLOHNS

Immerhin ein knappes Drittel der Bevölkerung ist gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Diese Personen wurden gefragt, welche generellen Gründe für diese Ablehnung von Bedeutung sind (Tabelle 3). Am meisten Zuspruch (über 50 %) findet hierbei die Aussage, die Tarifpartner sollten bei Aushandlung der Löhne und Gehälter unabhängig bleiben. Mit einem Drittel etwas geringer fällt die Zustimmung für die ähnlich gelagerte, aber deutlich weitreichendere Forderung aus, der Staat solle generell nicht in den Markt eingreifen. Ein Viertel derer, die keinen allgemeinen Mindestlohn wünschen, ist der Meinung, dass dieser nur für ausgewählte Branchen gelten sollte.

Die Meinung, dass das Aushandeln der Löhne und Gehälter in die Zuständigkeit von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden fällt, weist zwischen den untersuchten Bevölkerungsgruppen nur geringe Differenzen auf. Die Zustimmung zu dieser Aussage liegt durchweg zwischen 48 % und 55 %. Einzig die Arbeitslosen sehen dies seltener als Grund gegen einen Mindestlohn.

Deutlicher fallen die Unterschiede aus, wenn über die Eingriffe des Staats generell geurteilt wird. Erwartungsgemäß sind hier

Tabelle 3: Gründe gegen den Mindestlohn – in % –

		Staat sollte nicht in Markt eingreifen	Tarifpartner sollten unabhängig bleiben	Sollte nur in ausgewählten Branchen gelten	
Alle Befragten (Mindestlohngegner)		34	52	24	
I	Einkommenslage	Unterstes Quintil	26	52	
		Oberstes Quintil	40	55	25
Erwerbsstatus	Abhängig beschäftigt	33	51	25	
	Selbstständig	39	57	17	
	Arbeitslos (bis 1 Jahr)	25	41	35	
	Langzeitarbeitslos	40	40	10	
Zufriedenheit	Gering	33	51	17	
	Hoch	36	53	26	
Ängstlichkeit	Gering	36	52	24	
	Hoch	27	53	20	
II	Alter	18–34 Jahre	30	49	
		35–59 Jahre	33	52	22
		60 Jahre und älter	38	53	22
Geschlecht	Frauen	26	48	22	
	Männer	40	55	26	
Bildung	Gering	35	48	13	
	Hoch	33	53	26	
Gerechtigkeitsvorstellungen	Egalitarismus (ja/nein)	(26/45)	(52/51)	(26/21)	
	Individualismus (ja/nein)	(39/28)	(51/52)	(24/24)	

*Warum sollte ein gesetzlicher Mindestlohn *nicht* für alle Branchen eingeführt werden?

Quelle: Sozialstaatssurvey 2008 (Nüchter et al. 2009).

WSI MITTEILUNGEN

die Gerechtigkeitsvorstellungen von großer Bedeutung; so fordern „Individualisten“ besonders häufig, der Staat solle sich aus dem Marktgeschehen heraushalten. Aber auch Selbstständige und Personen mit hohem Einkommen, also jene, die von einem staatlichen Eingreifen keinen Nutzen hätten, vertrauen in überdurchschnittlichem Maße auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes.

3.4 ERWARTETE EFFEKTE DES MINDESTLOHNS

Politik und Wissenschaft streiten, wie oben beschrieben, über die Folgen des Mindestlohns. Von einer Zunahme sozialer Gerechtigkeit und einer Entlastung der Sozialsysteme bis hin zu einer Abnahme der Beschäftigung und einem Anwachsen der Schwarzarbeit sind unterschiedliche Szenarien denkbar und plausibel. Je nachdem, welche Konsequenzen vermutet werden, erscheint die Einführung eines Mindestlohns positiv oder negativ.

Auch in den Beurteilungen der Bürgerinnen und Bürger zeigt sich die gesamte Spannbreite möglicher Mindestlohnauwirkungen (Tabelle 4). Positive und negative Effekte werden in etwa gleichen Teilen erwartet, wobei von einer Mehrheit die Zu-

nahme sozialer Gerechtigkeit und eine Entlastung der Sozialsysteme erwartet werden. Darüber hinaus verbindet fasst ein Drittel der Bevölkerung (32 %) den Mindestlohn mit einer positiven Wirkung auf dem Arbeitsmarkt. Dies ist insofern bemerkenswert, als von wissenschaftlicher Seite der Mindestlohn eher als Belastung des Arbeitsmarkts gesehen wird (z. B. Franz 2007, 431ff.). Eine Einschätzung, die von 38 % der Menschen geteilt wird. Zudem rechnen über 40 % der Befragten mit einer Zunahme der Schwarzarbeit. Ähnlich hoch ist der Anteil der Bevölkerung, der als Negativergebnis eine Abnahme betrieblicher Flexibilität erwartet.

Besonders bei den positiven Effekten sind die Differenzen in der Einschätzung zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen enorm. Die individuelle Position prägt die Erwartungen an den Mindestlohn: Vor allem die Arbeitslosen und Geringverdiener erwarten positive Auswirkungen; sie rechnen auch häufiger mit einer Zunahme als mit einer Abnahme der Beschäftigung. Selbstständige nehmen demgegenüber relativ seltener eine Zunahme sozialer Gerechtigkeit oder die Entlastung der Sozialsysteme an, ebenso wie Menschen mit hohem Einkommen und hoher persönlicher Zufriedenheit. Mit anderen

Tabelle 4: Erwartete Effekte des Mindestlohns – in % –

		Zunahme der Beschäftigung	Entlastung der Sozialsysteme	Zunahme sozialer Gerechtigkeit	Mehr Schwarzarbeit	Abnahme der Beschäftigung	Abnahme betrieblicher Flexibilität
Alle Befragten		32	56	65	41	38	39
I	Einkommenslage	Unterstes Quintil	38	60	68	40	35
		Oberstes Quintil	24	49	57	45	43
	Erwerbsstatus	Abhängig beschäftigt	29	59	67	43	38
		Selbstständig	24	52	58	45	40
		Arbeitslos (bis 1 Jahr)	48	67	79	37	35
		Langzeitarbeitslos	49	73	79	27	28
	Zufriedenheit	Gering	38	60	69	37	40
		Hoch	24	52	61	47	43
II	Ängstlichkeit	Gering	29	55	63	42	39
		Hoch	42	59	72	39	42
	Alter	18–34 Jahre	31	51	66	50	42
		35–59 Jahre	31	61	69	39	36
		60 Jahre und älter	33	54	60	37	38
	Geschlecht	Frauen	35	56	69	40	37
		Männer	29	56	62	43	39
	Bildung	Gering	42	57	66	37	34
III		Hoch	26	56	64	42	38
	Gerechtigkeitsvorstellungen	Egalitarismus (ja/nein)	(36/18)	(60/45)	(71/47)	(37/53)	(34/50)
		Individualismus (ja/nein)	(30/34)	(53/59)	(60/70)	(44/39)	(42/35)
	Mindestlohnakzeptanz	Mindestlohnbefürworter	39	70	83	31	29
		Mindestlohngegner	16	26	27	65	59
							60

* Welche Effekte erwarten Sie, wenn ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt würde?

Quelle: Sozialstaatssurvey 2008 (Nüchter et al. 2009).

WSI MITTEILUNGEN

Worten: Personengruppen, die aus einer Einführung eines Mindestlohns keinen persönlichen Vorteil ziehen, sehen auch seltener die allgemeinen Vorteile.

Geringer fallen die Differenzen bei den vermuteten negativen Folgen aus. Insbesondere die erwartete Abnahme betrieblicher Flexibilität wird von nahezu allen Gruppen im gleichen Maße angenommen. Etwas stärker streuen die Antworten bei der Erwartung von mehr Schwarzarbeit bzw. einer Abnahme der Beschäftigung, wobei sich in abgeschwächter Form das gleiche Muster wie oben zeigt: Wer von der Einführung eines Mindestlohns profitieren würde oder diese aus normativer Überzeugung begrüßt, neigt dazu, die damit verbundenen unerwünschten Folgen gering einzuschätzen. Wer sich dagegen von einem gesetzlichen Mindestlohn nichts verspricht, erwartet häufiger negative Effekte.

Zusätzlich zu den fokussierten individuellen und kulturellen Einflussfaktoren haben wir bei den erwarteten Effekten auch die Mindestlohnakzeptanz überprüft, indem wir zwischen Befürwortern und Gegnern einer Mindestlohnneinführung unterschieden haben. Eine Unterteilung der Bevölkerung in diese beiden Gruppen zeigt den stärksten bivariaten Einfluss auf die angenommenen Effekte. So gehen die Mindestlohngegner zum überwiegenden Teil

von negativen Auswirkungen aus. Die Anteile dieser Gruppe, die mit einer Abnahme der Beschäftigung, einer Zunahme der Schwarzarbeit und einer geringeren betrieblichen Flexibilität rechnen, sind die jeweils höchsten gemessenen Werte. Demgegenüber erwarten Mindestlohngegner kaum positive Folgen des Mindestlohns. Selbst eine Zunahme der sozialen Gerechtigkeit, die von allen sonstigen Bevölkerungsgruppen mehrheitlich mit Mindestlöhnen verbunden wird, vermutet nur ein Viertel der Mindestlohngegner.

Dagegen sehen Mindestlohnbefürworter in diesem Instrument überwiegend eine Entlastung der Sozialsysteme und vor allem eine stärkere soziale Gerechtigkeit. Zudem gehen sie eher davon aus, dass der Mindestlohn zu einer Beschäftigungszunahme (39 %) als zu einer Abnahme (31 %) führt.

Für zwei zentrale, einander widersprechende Effekte haben wir die Einflussfaktoren zusätzlich in einem multivariaten Modell geprüft: die Erwartungen steigender bzw. fallender Beschäftigung bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (Tabelle 5).

Die Auswertung spitzt die Ergebnisse der bivariaten Analyse zu. Die Erwartung, dass die Beschäftigung bei Einführung eines Mindestlohns ansteigt, ist tendenziell

größer, wenn der Befragte arbeitslos, ängstlich oder gering gebildet ist. Deutlicher ist die Gerechtigkeitsvorstellung der Menschen prägend: Wer sich eine egalitäre Gesellschaftsordnung wünscht und einen starken Staat fordert, der denkt – oder hofft zumindest –, dass ein Mindestlohn auch für mehr Beschäftigung sorgt. Der stärkste Einfluss geht jedoch von der generellen Einstellung zum Mindestlohn aus. Diejenigen, die sich gegen einen Mindestlohn aussprechen, erwarten in hohem Maße einen negativen Effekt für den Arbeitsmarkt.

Auch die umgekehrte Annahme, dass ein Mindestlohn zu einer Abnahme von Arbeitsplätzen führt, wird von der grundsätzlichen Akzeptanz eines Mindestlohns und den Gerechtigkeitsvorstellungen geprägt. Wer ein Gegner des Mindestlohns ist oder an die Kräfte des Marktes glaubt, kann sich von einem gesetzlichen Mindestlohn nur einen negativen Beschäftigungseffekt erwarten. Wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass bei diesem angenommenen Effekt andere Faktoren kaum wirken und zudem meist insignifikant bleiben, gelangt man zu dem Ergebnis, dass die Erwartungen an den Mindestlohn eine Frage der persönlichen Überzeugung sind, die je nach Einstellung zum Mindestlohn positiv oder negativ ausfallen.

Wir hatten eingangs zwei wesentliche Gründe genannt, die für die wissenschaftliche Analyse der Einstellungen der Bevölkerung zu Mindestlöhnen sprechen. Zum einen das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse bezüglich der Einflussfaktoren, welche die Einstellungen bedingen, sowie zum anderen die Bedeutsamkeit der Einstellungen für ein politisch-pragmatisches Handeln der Akteure.

Hinsichtlich der ersten Fragestellung geben die Ergebnisse Hinweise darauf, dass von dem um subjektive Faktoren wie die Zufriedenheit erweiterten, ökonomischen Rationalmodell insgesamt die größere Erklärungskraft bezüglich des hier relevanten Themenbereichs ausgeht. So sind die Einkommenslage, der Erwerbsstatus sowie die subjektive Zufriedenheit mit dem eigenen Leben die erklärenden Variablen, die für die unterschiedlichen Einstellungsdimensionen des Mindestlohns die stärksten bivariaten Zusammenhänge offenbaren. Menschen, die von Mindestlöhnen zumindest subjektiv am stärksten profitieren würden, befürworten deren Einführung nachhaltiger, sprechen sich für einen höheren Betrag aus und beurteilen die Effekte positiver als die Gruppe derer, die auf einen Mindestlohn weniger oder nicht angewiesen sind (Besserverdienende) oder diesen zu zahlen hätten (Selbstständige).

Die über alters-, geschlechter- und bildungsspezifische Sozialisationsprozesse er-

Tabelle 5: Multivariate Analyse von erwarteten Effekten des Mindestlohns – Betawerte –

		Zunahme der Beschäftigung	Abnahme der Beschäftigung
I	Einkommen	0,008	0,014
	Erwerbsstatus Selbstständig	-0,016	-0,017
	Erwerbsstatus Arbeitslos	,042 **	-0,014
	Zufriedenheit	-0,036 *	0,008
II	Ängstlichkeit	,046 **	0,013
	Alter	,046 **	-0,019
	Geschlecht	0,001	,035 *
	Bildung	-0,046 **	-0,023
III	Egalitarismus	,128 ***	-0,067 ***
	Individualismus	0,001	,046 **
	Mindestlohngegner	-0,183 ***	,257 ***
R ²		0,087	0,083

Die Betawerte zeigen an, wie stark der Einfluss der jeweiligen unabhängigen Variable auf die abhängige Variable bei Berücksichtigung der übrigen zu erklärenden Variablen ist. Er schwankt zwischen -1 und +1. Das Vorzeichen zeigt hierbei die Richtung des Zusammenhangs (*: p <= 0,05; **: p <= 0,01; ***: p <= 0,001).

Quelle: Sozialstaatssurvey 2008 (Nüchter et al. 2009).

WSI MITTEILUNGEN

worbenen Normen und Werte spielen bei der Beurteilung des Mindestlohns eine etwas geringere Rolle und besitzen eher einen ergänzenden Charakter. Davon auszunehmen sind jedoch die Gerechtigkeitsvorstellungen des Individuums. Diese scheinen bei der Einschätzung von Regelungen, die in die sozialen Verteilungsverhältnisse eingreifen, ein wesentlicher Bezugspunkt der Urteilenden zu sein, was sich sowohl in der Beantwortung der Frage, ob überhaupt ein Mindestlohn eingeführt werden sollte, wie auch bei den erwarteten Effekten einer Einführung bemerkbar macht. Am stärksten hängen Letztere allerdings davon ab, ob ein Mindestlohn generell gewünscht oder abgelehnt wird. So können Mindestlohngegner kaum positive Auswirkungen in dieser wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahme erkennen.

Auf der politisch-pragmatischen Ebene ist zu bedenken, dass in der Bevölkerung Mindestlöhne mehrheitlich mit einer Zunahme von sozialer Gerechtigkeit verbunden werden. Dies gilt sowohl auf der Ebene der Gesamtbevölkerung als auch für die hier untersuchten Bevölkerungsgruppen. Selbst Bevölkerungsteile, die sich häufig gegen die Einführung von Mindestlöhnen aussprechen, wie Besserverdienende, Selbstständige, mit ihrem Leben hoch zufriedene und individualistisch orientierte Menschen, sehen im Mindestlohn eine sozial gerechte Maßnahme. Akteure, die sich für die Einführung von Mindestlöhnen einsetzen, sollten insbesondere diesen Aspekt in der politischen Diskussion hervorheben.

LITERATUR

- Aizen, I./Fishbein, M.** (2005): The Influence of Attitudes on Behavior, in: Albarazín, D. et al. (Hrsg.): *The Handbook of Attitudes*, London, S. 173–221
- Andreß, H.-J./Heien, T./Hofäcker, D.** (2001): *Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger*, Wiesbaden
- Aronson, E./Wilson, T. D./Akert, R. M.** (2004): *Sozialpsychologie*, München
- Bachmann, R./Bauer, T. K./Kluve, J./Schaffner, S./Schmidt, C. M.** (2008): *Mindestlöhne in Deutschland, Beschäftigungswirkungen und fiskalische Effekte*, RWI-Materialien 43, Essen
- Bartsch, K.** (2007): *Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland*, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 589–595
- Berger, P. A./Schmidt, V. H. (Hrsg.)** (2004): *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung*, Wiesbaden
- Bischoff, I.** (2007): *Prospect Theory*, in: WISU 36, S. 1334–1341
- Bofinger, P./Dietz, M./Genders, S./Walwei, W.** (2006): *Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich*, Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, online: http://www.smwa.sachsen.de/set/431/gutachten_niedriglohnbereich.pdf
- Bosch, G.** (2007): *Mindestlohn in Deutschland notwendig. Kein Gegensatz zwischen sozialer Gerechtigkeit und Beschäftigung*, in: *Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung* 4, S. 421–430
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)** (2009): *5 gute Argumente für den Mindestlohn*, online: <http://www.fuer-ein-lebenswertes-land.bmas.de/sites/generator/25516/Startseite.html>
- DailyNet Presseportal** (2008): *ZDF-Politbarometer Januar 2008*, online: <http://www.dailynet.de/Politik/11536.php>
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)** (2008): *Mindestlöhne*, online: <http://www.dgb.de/themen/tarifpolitik/mindestlohn/mindestloehne.htm?showdesc=1>
- Die Linke** (2008): *Mindestlohn*, online: http://www.linksfraktion.de/position_der_faktion.php?artikel=1723364544
- Förg, F./Frey, D./Heinemann, F./Jonas, E./Rotfuß, W./Traut-Mattausch, E./Westerheide, P.** (2007): *Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit*, Schlussbericht, Forschungsauftrag 15/05 des Bundesministeriums der Finanzen, Berlin
- Franz, W.** (2007): *Der trügerische Charme des Mindestlohns*, in: *Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung* 4, S. 431–438
- Hagen, T.** (2008): *Arbeitsmarkteffekte der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiST)* 2, S. 89–95
- Hartmann, H. A./Wakenhut, R.** (1995): *Gesellschaftlich-politische Einstellungen*, Hamburg
- Heien, T.** (1998): *Zur Deskription und Determination von Einstellungen zum bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat – Theoretische Konzepte und empirische Ergebnisse*, WME Arbeitspapier 2, Bielefeld
- Heinemann, F./Förg, M./Jonas, E./Traut-Mattausch, E.** (2008): *Psychologische Restriktionen wirtschaftspolitischer Reformen*, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Bd. 9, S. 383–404
- Jerger, J./Landmann, O.** (2002): *Lohnpolitik und Beschäftigung – Debatte ohne Ende?*, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 3, S. 207–224
- Jungermann, H./Pfister, H.-R./Fischer, K.** (2005): *Die Psychologie der Entscheidung*, München
- Kahnemann, D./Tversky, A.** (1979): *Prospect Theory: An Analysis of Decision under Uncertainty*, in: *Econometrica* 2, S. 264–291
- Knabe, A./Schöb, R.** (2008): *Minimum Wage Incidence: The Case for Germany*, CESifo Working Paper 2432
- König, M./Möller, J.** (2007): *Mindestlohnneffekte des Entsendegesetzes?* Eine Mikrodatenanalyse für die deutsche Bauwirtschaft, IAB Discussion Paper 30, Nürnberg
- Krol, G.-J./Schmid, A.** (2002): *Volkswirtschaftslehre – Eine problemorientierte Einführung*, Tübingen
- Krömmelbein, S./Bieräugel, R./Nüchter, O./Glatzer, W./Schmid, A.** (2007): *Einstellungen zum Sozialstaat*, Frankfurter Reihe Sozialpolitik und Sozialstruktur, Bd. 1, Opladen u. Farmington Hills
- Magen, S.** (2005): *Fairness, Eigennutz und die Rolle des Rechts. Eine Analyse auf Grundlage der Verhaltensökonomik*, Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods Bonn 22
- Mühleck, K.** (2003): *ISJP International Social Justice Project*. Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsbericht 97, Humboldt-Universität, Berlin, online: www.isjp.de
- Neckel, S./Dröge, K./Somm, I.** (2004): *Welche Leistung, welche Leistungsgerechtigkeit? Soziologische Konzepte, normative Fragen und einige empirische Befunde*, in: Berger, P. A./Schmidt, V. H. (Hrsg.): *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung*, Wiesbaden, S. 137–164
- Nüchter, O./Bieräugel, R./Schipperges, F./Glatzer, W./Schmid, A.** (2008): *Einstellungen zum Sozialstaat II. Die Akzeptanz der sozialen Sicherung und der Reformen in der Renten- und Pflegeversicherung*, Opladen u. Farmington Hills
- Nüchter, O./Bieräugel, R./Schipperges, F./Glatzer, W.** (2009): *Einstellungen zum Sozialstaat III – Sechs Fragen zur Akzeptanz der sozialen Sicherung in der Bevölkerung*, Opladen u. Farmington Hills
- Nüchter, O./Schmid, A.** (2009): *Einstellungen zum Sozialstaat und Erwerbsstatus*, in: Struck, O./Seifert, H. (Hrsg.): *Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Kontroversen um Effizienz und soziale Sicherheit*, Wiesbaden, S. 77–97
- Rürup, B.** (2008): in: *Jahresgutachten 2008 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Ziff. 581
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (2005): *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen*, *Jahresgutachten 2005/2006*, Wiesbaden
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (2006): *Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen*, *Jahresgutachten 2006/2007*, Wiesbaden
- Schulten, T.** (2009): *WSI-Mindestlohnbericht 2009*, in: WSI-Mitteilungen 3, S. 150–157
- Schwäbische Zeitung** (2009): *Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich*, online: http://www.sz.on.de/news/politik/aktuell/200906291548.html?_from=rss
- Wegener, B./Liebig, S.** (2000): *Is the „Inner Wall“ Here to Stay? Justice Ideologies*, in: *Unified Germany, Social Justice Research* 2, S. 177–198